

„Bürgerkrieg“ in Ostberlin

Betriebskampfgruppen spielten mit dem Feuer

Was an diesem Wochenende in Ostberlin und anderen Zonenstädten über die Bühne ging, wird sich künftig in Monatsabständen wiederholen: Die „Betriebskampfgruppen“ der SED sind von der reinen Waffenausbildung zur Bürgerkriegsübung übergegangen. Wer die manövernmäßigen Straßenkämpfe in Ostberlin beobachtet hat, schwankte zwischen Heiterkeit und Empörung. Denn hinter der zeitweilig zu Lachtränen rührenden Kulisse stand das mahnende Beispiel von Budapest. Dem kommunistischen Bürgerkriegsspiel lag die Annahme einer ähnlichen Kampfhandlung zugrunde. Trotzdem beging die SED — selbst aus ihrer Perspektive — einen verhängnisvollen psychologischen Fehler

Um eine „Echtheit“ des Kampfspiels zu erreichen, setzte man Kampfgruppenmitglieder sowohl als „Regierungstreue“ wie auch als „Konterrevolutionäre“ ein. Somit standen sich Arbeiter verschiedener Ostberliner Betriebe mit fast gleichwertiger Bewaffnung Auge in Auge gegenüber. Gewiß — man machte sich einen Jux daraus, aber viele erkannten zum ersten Male den möglichen Ernst der Situation:

Die Einteilung in „Kampfgruppen“ und „konterrevolutionäre Bänden“, nur noch durch rote und blaue Armbinden unterschieden, war zu simpel, um nicht Bedenken zu erregen. Jeder betrachtete insgeheim seinen Nachbarn in der gleichen Schützenlinie und fragte sich belommen: „Wenn das hier Wirklichkeit wäre, auf welcher Seite würdest du wohl stehen?“

Erinnerung an Budapest

Immer wieder eilten die Gedanken zurück zu den Geschehnissen von Budapest. Der Vergleich war zu deutlich. Die zum Sturm auf die „von Aufständischen besetzten Regierungsgebäude“ antretenden Kampfgruppen-Mitglieder sahen sich in jeder Phase des Gefechtes unwillkürlich in der Rolle jener ungarischen Freiheitskämpfer, die in Budapest die Rundfunkstation, das Parlament und die Gefängnisse der Geheimen

Staatspolizei erobert hatten. Am peinlichsten wurde der Vergleich für jene Lichtenberger Arbeiter, die unter dem Feuer-schutz einiger „regierungstreuer“ Panzerspähwagen zum Angriff auf das alte Polizeipräsidium in der Dircksenstraße schritten. Wußten sie etwa nicht, daß sich nur hundert Meter entfernt, hinter Ruinen das SSD-Gefängnis Dircksenstraße befand?

Straßenkampf gegen wen?

Wer die Gesichter der Kampfgruppen-Angehörigen sah, mußte erkennen: Wahnwitzige hatten dieses Spiel anberaumt! Gerade dies waren doch die Leute, die im Fall eines Aufstandes die SED-Regierung hinwegfegen würden! Manche Arbeiterfaust, die — den Finger am Abzug einer Maschinenpistole — die Tür eines kommunistischen Dienstgebäudes aufstieß, würde diese Tür im Ernstfall wiederfinden...

Aber auch der taktische Einsatzplan mußte zu denken geben. „Konterrevolutionäre Bänden“ bildeten Widerstandsnester im Stadtzentrum und versuchten, sich zu „größeren Kampfeinheiten“ zu vereinigen. Gegen wen konnte sich eine solche Übung richten. Gegen eine „Bedrohung aus Westberlin“? Der Plan basierte auf der Annahme eines bereits weitgehend niedergeschlagenen Volksaufstandes. Die „Konterrevolutionäre“ wa-

ren jene Arbeiter und Mitbürger, die auch am 17. Juni öffentliche Gebäude besetzt und die SSD-Wachen aus ihnen vertrieben hatten. Damals kamen der SED die Sowjetpanzer zu Hilfe, diesmal sollen die Ostberliner Betriebsarbeiter gegen ihre eigenen Kollegen, vielleicht aus dem eigenen Betrieb, mit Maschinengewehren vorgehen.

Wie das aussehen würde, dürfen sie nun manövernmäßig erleben. Auch im „Spaß“ ist es ein eigenartiges Gefühl, seinen Kollegen und Mitbürger über Kimme und Korn einer Maschinenpistole anzuvisieren. Wer das Denken über all dem vielen Politunterricht noch nicht ganz verlernte, wird um gewisse Überlegungen kaum umhin gekommen sein. Die SED hat keine „Verteidigungslinie“ entlang der Sektorengrenze aufziehen lassen. Der „Feind“ kam aus dem eigenen Lager! Und in Halle und all den anderen Zonenstädten, wo es keine „aus dem Westsektor eingesickerten bewaffneten Konterrevolutionäre“ geben konnte, gegen wen haben die SED-Betriebskampfgruppen in diesen Orten gekämpft.

Auch eine Wahlkampagne

Nicht ganz unabsichtlich fiel diese Veranstaltung mitten in die „Wahlkampagne“ der SED. Auch die Drohung mit dem Terror gehört in diesem Jahr zur kommunistischen Wahlpropaganda. Der Bürger soll erkennen: Es ist aussichtslos, gegen dieses Regime aufzubegehren! Aber dieser Bürger hat beobachten gelernt, und an jenem Wochenende kamen ihm beim Anblick der stürmenden Arbeiter ganz eigenartige, und von der SED keinesfalls beabsichtigte Gedanken...

Der deutsche Atomstreit

DT. Wenn am Ausgang des zweiten Weltkrieges Stalin statt der Amerikaner allein über die ersten Atombomben verfügt hätte, dann sähe die Welt heute anders aus, — sie wäre unter sowjetischer Herrschaft in Knechtschaft „befriedet“. Das wäre jedenfalls das Schicksal Europas geworden, dessen Unterwerfung eines der Nachkriegsziele Moskaus gewesen ist. Nur das Dasein der Atombombe im ausschließlichen Besitz der USA hat uns wahrscheinlich vor diesem Schicksal bewahrt. Der brutale sowjetische Diktator hätte sich sicher mit sentimentalen Betrachtungen über die Wirkungen dieser furchtbaren Waffe nicht lange aufgehalten. Der Mensch nämlich ist für den dialektischen Materialismus nur eine besondere Form der Materie; im Verlauf eines unendlichen Prozesses hat sie sich nur höher entwickelt als das Tier und höher organisiert als der leblose Stoff. Solchem Denken fällt die Drohung mit der Vernichtung leicht.

Aus dem amerikanischen Alleinbesitz der Atombombe wurde dann, nachdem den Sowjets durch Spionage, Zwangseinsatz deutscher Atomforscher und eigene Arbeit die Entschleierung des großen Geheimnisses gelungen war, allmählich das atomare Gleichgewicht. Washington und Moskau stehen sich heute als die beiden Atomgiganten der Welt gegenüber. Beide Mächte wissen um die selbstmörderisch-tödliche Wirkung der von ihnen entwickelten Waffen. Sie leben in der Furcht und der Wachsamkeit voreinander, und darin liegt heute paradoxerweise die größte Sicherung des Weltfriedens.

Die Göttinger Erklärung

Das ist dennoch so beunruhigend wie nur denkbar. Alle Völker sind von der atomaren Gefahr bewegt, die bei einem Versagen der Politik über Nacht eine furchtbare Wirklichkeit werden kann. Wie sollen sie sich zwischen den beiden Gi-

gantem verhalten, was sollen sie tun? Die Antworten auf diese Frage fallen verschieden aus. England, das bereits einer exemplarisch vorgebrachten sowjetischen Atomdrohung ausgesetzt war, ist seit langem bemüht, eine atomare Rüstung selbständig aufzubauen. Andere europäische Länder, unter ihnen die Bundesrepublik, haben noch nicht das geringste zur Schaffung einer selbständigen atomaren Ausrüstung unternommen, sondern stehen ausschließlich unter dem atomaren Schutz der verbündeten USA. Das Problem tritt an sie zunächst mit der Frage heran, ob im Zuge der strategischen und waffentechnischen Entwicklung die gemeinsamen Verteidigungsstreitkräfte mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden sollen, die — außerhalb eigener Produktion — von den USA zur Verfügung gestellt werden.

An dieser Frage hat ein großer deutscher Streit eingesetzt, dessen letzte, sehr bemerkenswerte Station durch die Göttinger Erklärung der deutschen Atomforscher gekennzeichnet ist. Dieses Dokument hat zweifellos das Verdienst, aus dem Wissen der gelehrten Forschung die furchtbare Gefahr zu verdeutlichen, die in noch wachsendem Maße die Menschheit bedroht. Das kann dazu beitragen, die Kräfte zu mehren und zu stärken, die bereit sind, diese Weltpolitik zu bannen. Der Mangel der Göttinger Erklärung liegt darin, daß die sowjetischen Atomwissenschaftler nicht das gleiche Bekenntnis ablegen, — das Bekenntnis nämlich, daß sie sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in keiner Weise beteiligen wollen. Sie sind — wie der materialistisch genormte Sowjetmensch überhaupt, der den kommunistischen Staat beherrscht — anscheinend nicht in gleichem Maße von der Gefahr beeindruckt. Sicher aber ist es, daß ihnen unter der Herrschaft des Kremles der Mut und sogar die Möglichkeit fehlen, ein solches Bekenntnis überhaupt abzulegen. Die deutschen Gelehrten, die in aller Öffentlichkeit ihr Nein zu einer deutschen Herstellung von Atomwaffen aussprechen konnten, haben also guten Grund, sich zu der Freiheit zu bekennen,

„wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt“. Sie sollten dann aber nicht die Tatsache gering schätzen, daß wir die Bewahrung dieser Freiheit wahrscheinlich der Atomwaffe verdanken. Sie übersehen das auch keineswegs, da sie feststellen, „daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teile der Welt leistet“. Das ist das Positive, das die große Gefahr für uns alle zunächst einschließt.

Tatsachen und Folgerungen

Nun kann gewiß das heute bestehende Gleichgewicht zwischen der positiven Wirkung und der Gefahr der Atomwaffe gestört werden. Die Göttinger Gelehrten sagen es, daß sie diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig halten, daß aber die Gefahr im Falle des Versagens tödlich sei. Mit diesem Gedanken, der an eine zwar ferne aber doch reale Möglichkeit rührt, begeben sie sich aus der Zone der physikalischen Forschung auf das Gebiet der Politik, auf dem sie nicht zuständig sind. Sie empfehlen nämlich, daß ein kleines Land wie die Bundesrepublik „sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet“. Das ist der äußerst fragwürdige Streitpunkt der Auseinandersetzung.

Über die Tatsachen ist man sich einig: über die weltweite Vernichtungskraft der Atomwaffe und auch über die Notwendigkeit ihres mit allen Sicherungen anzustrebenden Verbotes, das jedoch ohne Abrüstung auch der konventionellen Waffen kaum erreichbar ist. Nur über die Folgerungen, die aus der heute noch bestehenden Situation unmittelbar zu ziehen sind, gehen die Meinungen auseinander. Die einen — mit den Göttinger Gelehrten auch die Opposition — fordern den totalen Verzicht auf Anwendung, Lagerung und Herstellung von Atomwaffen in der Bundesrepublik, also das atomare Vakuum in Deutschland und möglichst

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, 11

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Schlag gegen KP-Tarngruppen

Büros kommunistischer Organisationen geschlossen

Düsseldorf (DPA). Die Polizei im gesamten Bundesgebiet hat in der vergangenen Woche schlagartig eine neue Aktion gegen kommunistische Tarnorganisationen durchgeführt. In zahlreichen Ländern wurden die Büros und Geschäftsstellen des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“ und des „Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Land- und Forstwirtschaft“ durchsucht und geschlossen. Auch in Wohnungen der leitenden Funktionäre dieser Organisationen wurden Haussuchungen durchgeführt. Personen wurden bisher jedoch nicht verhaftet. Ob Strafverfahren eingeleitet werden, hängt von der Prüfung des beschlagnahmten Materials ab, die noch im Gange ist.

Wie das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen mitteilt, wurden beide Organisationen von Ostberlin aus gesteuert. Sie seien auf Veranlassung der SED/KPD zum Teil durch leitende Funktionäre gegründet worden. Der „Frauenbund“ sollte die Bevölkerung, insbesondere die Frauen, im Sinne der SED beeinflussen, während die andere Organisa-

USA schlagen vor:

Produktionsstop für Atomwaffen

Spaltbares Material nur noch für friedliche Zwecke

London (AP/DPA). Die USA haben ihren Verhandlungspartnern auf der UN-Abrüstungskonferenz vorgeschlagen, nach dem 1. April 1958 keine Atomwaffen mehr herzustellen. Von diesem Tage an soll die gesamte Produktion spaltbaren Materials nur noch für friedliche Zwecke verwendet werden. Die Verwirklichung dieses Planes setzt allerdings voraus, daß bis dahin ein einwandfrei funktionierendes Überwachungssystem existiert. Der sowjetische Delegationsleiter, Sorin, erklärte, er werde den Vorschlag prüfen und sich später darüber äußern.

Der amerikanische Plan wurde von dem Sonderberater Präsident Eisenhowers, Harold Stassen, unterbreitet. Er regte an, daß Fachleute am 1. September mit den Beratungen über ein wirkungsvolles Inspektionssystem beginnen. Es müsse sichergestellt werden, daß die Länder die Ausgangsstoffe für Atomspaltungsvorgänge nur noch für friedliche Zwecke verwendeten.

Der Stassen-Plan sieht keine sofortige Einstellung der Versuchsexplosionen atomarer

Kampfmittel vor. Er läßt auch die Möglichkeit der weiteren Herstellung von Waffen aus den bereits vorhandenen Beständen an spaltbarem Material offen, ist also auf den allmählichen Übergang zur Atom-Abrüstung abgestellt. Auf ein uneingeschränktes Atomwaffenverbot haben die USA verzichtet, weil dies nach ihrer Ansicht im Gegensatz zu einem Abkommen über die Verwendung spaltbaren Materials nicht wirksam zu überwachen ist.

Aus Kreisen des UN-Abüstungsausschusses verlautete, ein Überwachungssystem könne die Entsendung von Inspektoren in die Werke vorsehen, die spaltbares Material herstellen. Es sei nahezu ausgeschlossen, daß derartige Material hergestellt werden könne, ohne das die Inspektoren etwas davon bemerkten.

Hammarskjöld darf nach Ungarn

Einladung der Kadarregierung

New York (AP/DPA). Die Kadar-Regierung hat UN-Generalsekretär Hammarskjöld eingeladen, „zu jedem ihm passenden Zeitpunkt“ Budapest zu besuchen.

Die UN-Vollversammlung hatte Ungarn bereits im November, kurz nach der Niederschlagung der Revolution durch die sowjetischen Truppen, ersucht, Hammarskjöld die Einreise zu gestatten. Das Kadar-Regime lehnte jedoch ab.

Wegen „Spionage“ verurteilt

Berlin (Eigenmeldung). Wegen angeblicher Militärsplionage für den britischen Geheimdienst verurteilte das Bezirksgericht Potsdam den 43 Jahre alten Eisenbahn-Zugführer Helmuth H. aus Jüterbog zu sieben Jah-

ren Zuchthaus. Nach Angaben der „Märkischen Volksstimme“ (SED) hat der Verurteilte sechs Kinder.

„Stalinisten“ kommen wieder

Budapest (AP/DPA). Die ungarische Regierung hat vier neue stellvertretende Kultusminister ernannt die sämtlich als „Stalinisten“ bekannt sind. Zu ihnen gehören zwei treue Anhänger des früheren Parteichefs Rakosi, der selbst bei Ausbruch der Revolution im vergangenen Jahr nach der Sowjetunion flüchten mußte. Kommunistische ungarische Zeitungen hatten sich in letzter Zeit über „zu liberale“ und „revisionistische“ Tendenzen im Kultusministerium beklagt.

Freiheit für Flade!

Berlin (Eigenmeldung). Die unmenschliche Behandlung des todkranken Dresdener Oberschülers Hermann Josef Flade durch die Behörden der Sowjetzone hat in Westberlin und der gesamten Bundesrepublik tiefe Verbitterung ausgelöst. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Brandt, und Parlaments-Vizepräsident Endres haben den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier telegrafisch ersucht, sich für die Freilassung Flades einzusetzen, der 1950 zum Tode verurteilt und auf den einmütigen Protest der Weltöffentlichkeit hin später zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt worden ist.

Gleichlautende Telegramme wurden auch an die Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen in New York, an die Deutsche Liga für Menschenrechte, an das Kuratorium Unteilbares Deutschland und an die gegenwärtig in Saarbrücken tagenden Landtagspräsidenten der Bundesländer gerichtet.

Der Amtierende Regierende Bürgermeister Amrehn erklärte, auch in der Sowjetzone könne wohl niemand daran glauben, daß ein schwer tbc-kranker Mensch, dessen Leben nur noch durch die Freilassung gerettet werden könne, eine „Gefahr für das System“ darstelle.

Die neue Initiative für die Freilassung Flades wurde ausgelöst durch die Berichte von Mithäftlingen. Sie erklärten, Flade werde kaum ein weiteres Jahr der Haft überstehen können. In der Bundesrepublik herrsche besondere Empörung

darüber, daß auch die Begnadigung des wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthaus verurteilten FDJ-Führers Angenfort durch den Bundespräsidenten noch zu keiner Reaktion der Pankower Behörden geführt hat. Dabei wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Sowjetzonenbehörden sich wegen des beklagenswerten Gesundheitszustandes von Flade offenbar füchteten, ihn aus dem Zuchthaus zu entlassen und dadurch der Öffentlichkeit Einblick in die Behandlung von Häftlingen zu geben.

Kulturprogramm für Ostberlin

Sechs Millionen Eintrittskarten im Jahr 1956

Berlin (Eigenmeldung). Vor dem Ausschuß für Gesamtberliner Fragen des Abgeordnetenhauses hat Bürgermeister Amrehn mitgeteilt, das vom Senat

Kein Kirchentag

Berlin (AP). Das Vorhaben, den achten evangelischen Kirchentag im Sommer dieses Jahres in Thüringen zu veranstalten, ist an den von der Sowjetzonen-Regierung gestellten Bedingungen gescheitert.

Kirchentagspräsident Reinold von Thadden-Trieglaff gab bekannt, daß die Abhaltung des großen Laientreffens in Thüringen „für dieses Jahr unmöglich geworden“ ist.

Der Kirchentagspräsident erklärte, dem Präsidium seien nach monatelangen Versuchen, mit der Sowjetzonen-Regierung über den Kirchentag zu verhandeln, Bedingungen auferlegt worden, von denen einige zur Politisierung des Kirchentages geführt hätten.

geplante Kulturprogramm für Besucher aus dem sowjetisch besetzten Gebiet sei so gut wie gesichert. Allerdings beständen bei der Frage der Kinos noch Schwierigkeiten. Sogar ein Mindestprogramm würde hier etwa fünf Millionen D-Mark erfordern. Im letzten Jahr seien von den Westberliner Filmtheatern sechs Millionen Eintrittskarten für Ostbesucher zum halben Westmarkpreis und dazu noch 4,5 Mill. Karten in den Grenzkinos abgegeben worden

Keine Staatsanleihen mehr in UdSSR

Aber auch keine Tilgung der alten Beträge.

Moskau (DPA). Der sowjetische Parteichef Chruschtschow hat angekündigt, daß nach 1958 in der Sowjetunion keine Staatsanleihen mehr aufgelegt werden sollen. Dies sei jedoch nur möglich, wenn gleichzeitig die Tilgung und Zinszahlung für alte Anleihen ausgesetzt werden könnte. Chruschtschow bezifferte die Gesamtsumme der sowjetischen Staatsanleihen auf 260 Mrd. Rubel.

Die Ankündigung Chruschtschows gehört nach Ansicht wirtschaftspolitischer Beobachter zu dem Plan für eine grundsätzliche Wirtschaftsreform in der Sowjetunion. In der bisher zentral gelenkten sowjetischen Volkswirtschaft

zeichneten zur Finanzierung von Investitionen über 90 Prozent aller Lohnempfänger jährlich nahezu ein gesamtes Bruttomonatsgehalt für Staatsanleihen. Diese Anleihen waren sogenannte Prämienanleihen, die innerhalb von 20 Jahren durch jährlich zweimalige Auslosungen getilgt werden sollten. Die Staatsanleihen waren eine ständige Einnahmequelle für den Haushalt und galten als willkommenes Mittel zur Abschöpfung der Kaufkraft. Bisher wurde keine dieser Anleihen vollkommen getilgt. Die vor dem Kriege gezeichneten Anteile verfielen durch die Währungsreform von 1947, als der Rubel auf ein Zehntel abgewertet wurde.

Moskau protestiert in USA

Washington (AP). Gegen angebliche „Diskriminierungen“ bei der Abfertigung sowjetischer Schiffe im Panamakanal hat die Sowjetunion bei den USA protestiert. Die Note bezieht sich vor allem auf eine „langfristige Besichtigung“ eines sowjetischen Motorschiffes am 2. Januar. Dieses Vorgehen sei eine „flagrante Verletzung des Prinzips der völligen Gleichberechtigung bei der Benutzung von Schifffahrtswegen von internationaler Bedeutung“, heißt es in der sowjetischen Beschwerde.

So sind sie wirklich:

Atombomben für den Frieden . . .

Die politische und militärische Entwicklung unserer Gesellschaft hat die an der Atomforschung beteiligten Wissenschaftler in menschliche und ethische Konflikte gestürzt. Und es ist schwer, an gewisse Einsichten bei denen zu appellieren, die das Entsetzen, das mögliche Entsetzen, in seinem ganzen Umfang kennen.

Die deutschen Atomforscher standen zweimal vor diesem Konflikt. Einmal, als sie entweder für Hitler oder gegen ihn eigenes Volk die Atombombe konstruieren sollten. Das zweite Mal — als die Frage auftauchte, ob die Bundesrepublik bei ihrer Verteidigung auf die Atomwaffe verzichten sollte oder nicht . . .

Eine Gruppe deutscher Wissenschaftler und Ingenieure wurde dieser Frage entzogen. Sie saß in Peenemünde und in den Forschungslaboratorien des Berliner Kaiser-Wilhelm-Institutes, um der Kernspaltung auf die letzte Spur zu kommen, ohne daß man sie von Seiten der NS-Regierung sonderlich ernst zu nehmen gedachte. Als die Sowjets zur Elbe vorstießen, wurden sie von weitaus realer denkenden Spezialeinheiten der „Roten Armee“ als Kriegsbeute eingebracht. Noch ehe die Sowjets an den Grenzen des einstigen Deutschen Reiches erschienen, standen die Namen deutscher Atomforscher säuberlich in den Fahndungslisten dieser Sonderkommandos registriert. Einer davon lautete: Baron Manfred von Ardenne . . .

Der heute 50jährige Chef des sowjetzonalen Atomzentrums war eigentlich Fernseh-Physiker, ehe er sich den Problemen der Kernspaltung verschrieb. Als 19jähriger Assistent entwickelte er einen für das elektronische Fernsehen bahnbrechenden Breitbandverstärker, drei Jahre später gab er der Wissenschaft die Braunsche Röhre mit Lichtsteuerelektrode. 1930 gehörte er zu Deutschlands Fernsehpionieren, mit 23 Jahren.

Die Forschungsmöglichkeiten, die ihm die Nazis boten, lenkten ihn bald auf das Gebiet der Elektronen- und Ionen-Physik.

MANFRED V. ARDENNE



Warnungen überhörte er: „Für mich ist Politik ein Fremdwort, ich diene der reinen Wissenschaft . . .“ 1940 entwickelte er ein Universal-Elektronenmikroskop, im Ausland registrierte man mit Besorgnis seine Vorstöße in das Heiligtum der noch nicht gebändigten Atomenergie . . .

Wie weit Baron Manfred von Ardenne 1945 war, darüber gibt es strittige Berichte. Fest steht, daß er die nächsten zehn Jahre ein As der sowjetischen Kernforschung wurde. Gemeinsam mit sowjetischen Experten konstruierte er nach dem Bombenabwurf von Hiroshima sowjetische Geheimwaffen, jahrelang durfte sein Name nicht genannt werden. Ardenne gehörte zu jener Gruppe deutscher Atom- und Raketenforscher, die den Sowjets den Anschluß an die westliche Forschung erleichterte. Später, als Atomspionage und die Flucht eines Pontecorvo den Russen zu Hilfe kamen, traten die Ardenne in den Ruhestand. Man machte sie mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie vertraut, mit der Maßgabe, nach Repatriierung für die kommunistischen Regierungen der Volksdemokratien zu wirken.

1955 kehrte Baron von Ardenne mit seiner Familie in die Sowjetzone zurück. Die Ostregierung übertrug ihm die Leitung des heute seinen Na-

men tragenden Forschungszentrums in Dresden. Ardenne wurde Mitglied des „Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie“ beim sowjetzonalen Ministerrat. Zu dem Stalinpreis von 1953, der ihn über Nacht berühmt werden ließ, traten die immer zahlreicheren Ehrungen der Partei und Regierung. Heute ist Baron Manfred von Ardenne einer der reichsten, wenn nicht der reichste Mann der DDR. Er residiert in einer Luxusvilla, die das Präsidenschloß in Niederschönhausen in den Schatten stellt. Sein Einkommen ist nicht mehr zu übersehen. Die SED hat auf diesen Mann alle Hoffnungen für eine Lösung ihres prekären Energieproblems gesetzt. Man verspricht sich Wunder vom „roten Baron“, wie sie ihn zuweilen spöttisch nennen. „Atomkraftwerte von Rostock bis Erfurt“ — der Traum sowjetzonaler Plankommissare, Ardenne soll ihn realisieren.

Mancher, der Gelegenheit hatte, Ardenne in seiner neuen Residenz zu besuchen, widerlegt die Spekulation um diesen Mann, wonach sich dieser eines Tages von den Kommunisten lösen könnte. Unberechenbare Faktoren wie die menschliche Eitelkeit und echter Forscherdrang, der nur die Mittel sieht, die ihn weiterbringen, nicht ihr Ziel, spielen bei Manfred von Ardenne mit. Die SED hat sich ganz auf diesen Mann eingestellt. Niemand richtet politische Forderungen an ihn, seine Freiheiten sind für sowjetzonale Verhältnisse verblüffend. Seine Tochter genießt noch im Blauhemd der FDJ die Anrede „Baronesse“ . . .

Manfred von Ardenne ist nicht gegen die Atombombe, nur — es müssen friedliche Atombomben sein. Wie die beschaffen sind, geht jedoch über den Rahmen seiner kernphysikalischen Erkenntnis hinaus. Aber die Tatsache, daß man in solchen Disziplinen denken kann, enthebt ihn der Gewissensfrage, mit der im anderen Teil Deutschlands seine Kollegen die öffentliche Meinung bewegen . . .

Hintergründe der Grenzschikanen

Notenbank droht Repressalien an

Seit nunmehr drei Wochen führen Ostberliner Polizeiorgane und die Kontrollposten an den Zonengrenzen ihre schikanösen Zwangsmaßnahmen gegen Ost- und Westbewohner durch. Die Zeitungen erklären dazu, es handle sich um Kontrollen gegen Westberliner Währungsspekulanten und gegen die zunehmende Ausfuhr von DM Ost in das westliche Währungsgebiet. Da die Kontrollen jedoch völlig willkürlichen Charakter tragen, haben sie eine starke Beunruhigung in den allgemeinen Ost-West-Verkehr gebracht. Dazu kommt, daß weder die Volkspolizei noch das „Amt zur Kontrolle des Warenverkehrs“ Verhaltensmaßnahmen oder Richtlinien herausgeben, die den Betroffenen Strafbarkeit ihrer Handlungen erklären.

Hierzu erreicht uns aus Ostberlin ein Bericht, der einiges Licht in die Hintergründe dieser Affäre bringt. Danach sind die jetzigen Schikanen Teil einer größeren Aktion, mit der die SED und die „Deutsche Notenbank“ der Sowjetzone den Beitritt der Bundesrepublik zum Gemeinsamen europäischen Markt und die Bildung einer westeuropäischen Zollunion beantworten wollen.

Ist die Ostmark bedroht?

Die sowjetzonale Notenbank beruft sich dabei auf einen ihrer Kontrolle entzogenen Betrag von 6 bis 7 Millionen DM-Ost, der sich angeblich in den Händen einiger weniger Westberliner Privatleute befinden soll und die Grundlage für einen „ausgedehnten Schwarzhandel“ bildet. Durch den Verkauf von Westware gegen Ostgeld werde diese Summe konstant erhalten und stütze durch ihr Vorhandensein gleichzeitig das Währungsgefälle 1:4.

Auf einer informativischen Besprechung zwischen Vertretern des Ostmagistrats und Funktionären der Notenbank wurde diese Erklärung unterbreitet. Sie ist so absurd, daß man sie kaum zu widerlegen wagt. Selbst wenn sich eine derartige Summe in der Hand privater Westberliner Geschäftsleute befände, könnte sie niemals den Milliarden-Umlauf der Ostmark gefährden. Und was das Währungsgefälle — also den Wechselkurs — betrifft, so wird dieser seit jeher von Angebot und Nachfrage bestimmt. Wenn die HO und der Konsum nicht in der Lage sind, die Ostberliner und die Sowjetzonenbevölkerung in angemessener Weise mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern zu ver-

sorgen, wird diese angesichts der bestehenden Situation stets einen Teil ihres Geldes nach Westberlin tragen. Das läßt sich nicht durch Kontrollen und Schikanen an den Sektorengrenzen verhindern, sondern einzig und allein durch eine geregelte und ausreichende Versorgung der Zonenbevölkerung.

Was will die SED?

Da die Wechselstuben, die aus dieser Situation heraus entstanden sind, für die Sowjetzonenorgane unerschöpfbar bleiben, konzentrieren diese ihren völlig deplacierten Gegenschlag auf jene Westberliner Kaufleute und Händler, die in ihren Geschäften Ostgeld direkt in Zahlung nehmen. Diesen aber kann

Sie will, wie sie inzwischen erklärte, verhindern, daß künftig weiter größere Ostgeldebträge nach Westberlin und in die Bundesrepublik abwandern. Der Ost-Einkäufer soll dafür als „Währungsspekulant“ bestraft, der West-Abnehmer durch Abschreckungsmaßnahmen derart eingeschüchtert werden, daß er auf die Annahme von Ostgeld verzichtet. Gleichzeitig soll dadurch der bestehende Wechselkurs zugunsten der Ostmark verbessert werden. Wie das geschehen soll, bleibt zu ergründen der SED vorbehalten ...

Die doppelte Moral der ganzen Angelegenheit ergibt sich aus einem anderen, recht lautlosen Schachzug der sowjetzonalen Notenbank. Danach will diese auf Sicht eigene, vom Ostmagistrat stillschweigend sanktionierte Wechselstuben ein-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

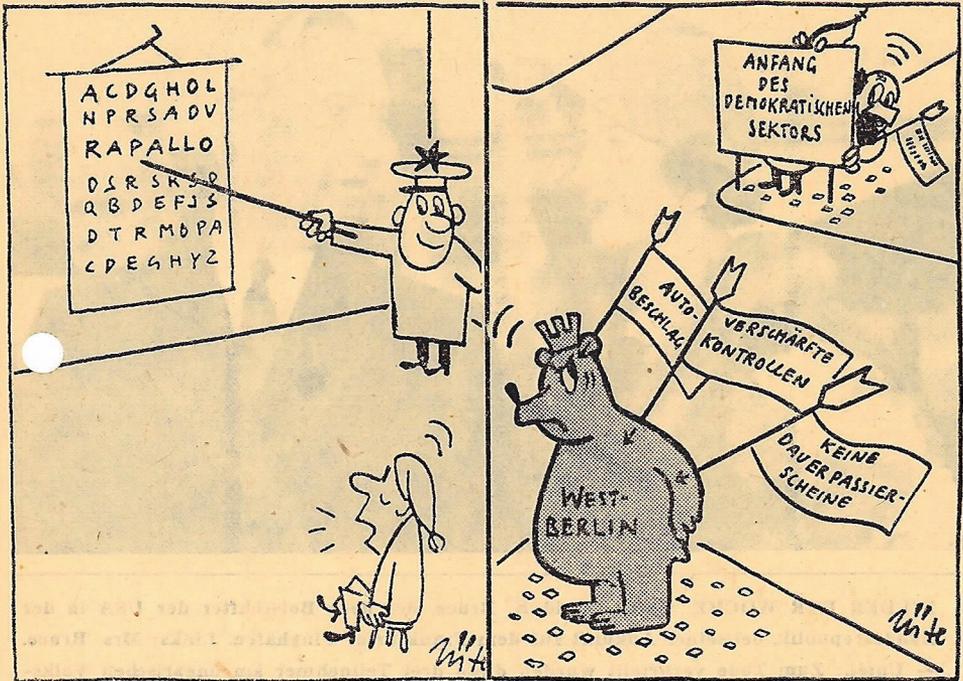
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

eine „Ostgeld - Hortung“ zu allerletzt vorgeworfen werden: Kein Geschäftsmann könnte sich finanziell derartiges leisten! Was also will die SED erreichen?

Eine doppelte Moral

richten, deren Kursrelation für Westberliner zwar ungünstiger ist, deren Umtauschbescheinigung jedoch zu beschränkten Einkäufen in Ostberlin berechtigt. Es handelt sich dabei um eine ähnlich halblegale Maßnahme wie die Einrichtung der sogenannten „Sektorengeläden“ für Westbewohner. Auf diese Art möchte die SED das gezwungenermaßen nach Westberlin fließende Ostgeld zurückholen, ohne die logischen wirtschaftlichen Ursachen dafür beseitigen zu wollen.

Bis ihr dies gelingt, kühlt sie ihr Mütchen an denen, die die geringste Schuld an dem Verhältnissen tragen. An dem Ostbewohner, der vom Westeinkauf abhängig ist, und an jenem Westberliner Kaufmann, der seine Ware an den Nachbarn jenseits der Sektorengrenze verkauft ...



„Ich kann mir nicht helfen, ich lese
tatsächlich Rapallo!“

„Liebespfeile“

Der deutsche Atomstreit

Fortsetzung von Seite 2

auch in Europa. Die anderen dagegen treten für die modernste waffentechnische Ausstattung der deutschen und europäischen Verteidigungskräfte ein. Die Argumente beider Gruppen gehen ins Unberechenbare. Es gibt zwischen ihnen keinen Richter, der mit unfehlbarer Weisheit die Wahrheit feststellen könnte.

Warnung Spaaks

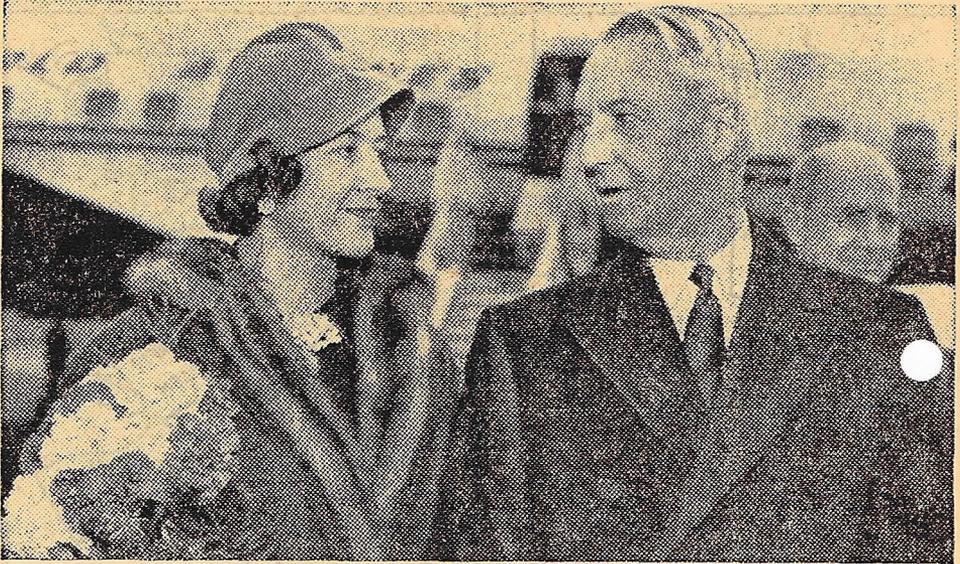
Der belgische Außenminister Spaak jedenfalls, der besonnene Staatsmann eines der kleineren europäischen Länder, hat sich dieser Tage im belgischen Senat nach gewissenhafter Prüfung lebhaft für die Einführung taktischer Atomwaffen ausgesprochen. Er würde sich weigern, sagte er, von seinen Mitbürgern zu fordern, sie sollten auf moderne Waffen verzichten,

solange er nicht sicher sei, daß ein eventueller Gegner sie nicht verwende. Man könne ihnen auch nicht gut anraten, nur mit Maschinengewehren und dem belgischen Gewehr, so vollkommen es auch sein möge, zu kämpfen, während der Gegner sich der Atomwaffen bedienen würde.

Die andere Gefahr

Hinter der Äußerung Spaaks, die wir billigen, weil sie den Forderungen einer heute leider noch bestehenden Wirklichkeit entspricht, stehen sicher auch die Erfahrung und die Sorge, daß man den Menschen und die Menschheit noch anders vernichten kann als mit Atombomben. Man kann tatsächlich dem Menschen, der in christlicher Sicht eine Schöpfung und ein Ebenbild Gottes ist, mit Gewalt das Recht und die Fähig-

keit nehmen, frei und selbstverantwortlich zu glauben, zu denken, zu unterscheiden, zu fühlen, zu sprechen und zu handeln. Man kann in ihm alles Menschliche und das heißt alles Geistige und Seelische normen, aus dem lebendigen Menschen mechanische Roboter und sogar aus dem alten ehrwürdigen Europa einen Termitenstaat der Nichtmenschlichkeit machen. Von den apokalyptischen Möglichkeiten einer Kraterlandschaft der geistigen Zerstörung des Menschlichen sind wir, da wir keine Anhänger des dialektischen Materialismus sind, nicht weniger erschüttert als von den furchtbaren Möglichkeiten eines Atomkrieges. Es ist unsere Aufgabe, sowohl die eine wie die andere menschliche Katastrophe zu verhindern. Das heißt aber, daß wir ausreichend stark gegenüber denen sein müssen, die den Menschen verachten.



BILDER DER WOCHE. Oben: David K. Bruce, der neue Botschafter der USA in der Bundesrepublik, bei seiner Ankunft auf dem Frankfurter Flughafen. Links: Mrs. Bruce. — Unten: Zum Tode verurteilt wurden diese drei Teilnehmer am ungarischen Volksaufstand. Hier der Augenblick der Urteilsverkündung: Ilona Toth (2. von links), Miklos Gyöngyösi (3. von links) und Ferenc Gönczi (rechts).

